

The SPD logo is a red square with the white letters 'SPD' inside.A photograph of Johann Saathoff, a man with short brown hair, smiling and wearing a dark suit and blue shirt. He is standing in front of the Reichstag building in Berlin, with the German flag and the European Union flag visible. The building's dome and classical architecture are prominent in the background.

Newsletter von  
**Johann Saathoff, MdB**  
mit Berichten aus Berlin und der Region

Norden, 7. Oktober 2020

[www.johann-saathoff.de](http://www.johann-saathoff.de)

Ausgabe 05/2020

*Mein Mitbringer!*

Im Sommer wurde ich zum Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft ernannt.

Ich freue mich sehr über diese neue Aufgabe. Bereits heute stehe ich in meiner Funktion als energiepolitischer Koordinator in Kontakt zu der Region. Diesen Austausch zu intensivieren und die Beziehungen zu den zwölf Staaten zu pflegen ist eine spannende Erweiterung meiner bisherigen parlamentarischen Arbeit.

Wir sehen gerade wieder sehr deutlich, dass dort große Herausforderungen bestehen und neue sehr schnell erwachsen können. Begegnungen von Mensch zu Mensch und der Austausch mit Zivilgesellschaften können hier wichtige Brücken bauen. Erste spannende Begegnungen liegen bereits hinter mir. Auch die ersten Russischstunden habe ich mittlerweile absolviert.

Arbeitsschwerpunkt im Bundestag bleibt für mich aber weiterhin die Energiepolitik. Da stehen uns jetzt mit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes spannende Verhandlungen mit dem Wirtschaftsministerium bevor.

Ihr und Euer

*Johann Saathoff*



Antrittsbesuch des neuen Koordinators für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft, Johann Saathoff, bei Bundesaußenminister Heiko Maas (Foto: Photothek)

## Städte und Gemeinden werden entlastet

Der Bund entlastet die Städte und Gemeinden in Milliardenhöhe. Damit sollen die Folgen der Corona-Pandemie auf die Kommunen abgedeckt und die Konjunktur durch kommunale Investitionen angekurbelt werden.

Städte und Gemeinden müssen ihre Aufgaben auch in Zukunft stemmen können – damit die Menschen vor Ort gute Lebensbedingungen vorfinden. Doch allein in diesem Jahr haben die Kommunen wegen der Corona-Krise rund zwölf Milliarden Euro weniger Gewerbesteuer eingenommen. Diese Einbußen will die Koalition gemeinsam mit den Ländern ausgleichen. Damit die Wirtschaft wieder in Schwung kommt, gute Arbeit und hohe Lebensqualität gesichert sind.

Zusätzlich übernimmt der Bund auf Drängen der SPD-Fraktion hin einen höheren Anteil bei den Kosten der Unterkunft in der Grundsicherung. Sie belasten Kommunen gerade in Ballungsgebieten. Das sind nochmal 3,4 Milliarden Euro – dauerhaft, jedes Jahr.

Die Unterstützung der Kommunen war der SPD-Bundestagsfraktion in den Verhandlungen zum Konjunkturpaket ein ganz besonderes Anliegen. Städte und Gemeinden sichern die Daseinsvorsorge und ermöglichen gute Lebensbedingungen vor Ort. Sie müssen handlungsfähig sein und investieren können. Deshalb werden sie mit dem Konjunkturprogramm in Milliardenhöhe entlastet. In der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause hat der Bundestag zwei Gesetzentwürfe der Koalitionsfraktionen beschlossen, mit denen wesentliche Entlastungsmaßnahmen umgesetzt werden.

Um die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Finanzlage der Kommunen abzumildern, erhalten sie einen pauschalen Ausgleich für die Ausfälle bei der Gewerbesteuer. Der Bund übernimmt davon die Hälfte in Höhe von 6,134 Milliarden Euro. Die andere Hälfte tragen die Länder.

Um die Finanzkraft der Städte und Gemeinden dauerhaft zu stärken, entlastet sie der Bund bei den Kosten für Sozialausgaben. Konkret werden künftig bis zu 74 (statt 50 Prozent) der Leistungen für Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitssuchende aus dem Bundeshaushalt bezahlt. Das entlastet die Kommunen mittelfristig um etwa 3,4 Milliarden Euro pro Jahr.

Der Bund stärkt die Haushalte der neuen Länder. Konkret übernimmt der Bund künftig 50 (statt 40) Prozent an den Kosten der Rentenversicherung aus den Zusatzversorgungssystemen der ehemaligen DDR. Dadurch sollen finanzielle Spielräume entstehen, um kommunale Investitionen zu stärken.

Mit diesen Entlastungen werden bei den Kommunen wichtige Investitionsspielräume geschaffen und damit wichtige Impulse für die Konjunktur gegeben. Denn Städte und Gemeinden tätigen rund zwei Drittel der öffentlichen Investitionen. Mit einem der beiden Gesetzentwürfe werden dafür die einfachgesetzlichen Grundlagen geschaffen. Der andere Gesetzentwurf sieht Änderungen des Grundgesetzes vor, um die erforderlichen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Darüber hinaus setzt sich die SPD-Fraktion weiter dafür ein, Kommunen von Altschulden zu entlasten. SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich: „Die Union steht hier bedauerlicherweise weiter auf der Bremse. Aber wir werden hartnäckig bleiben, denn auf Dauer ist Kaputtsparen teuer.“



Der Gesetzentwurf  
zum Download gibt es hier:  
[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)

## Johann Saathoff zu seiner neuen Aufgabe als Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft

**Frage: Das Verhältnis zu Russland ist aktuell schwer belastet - ist das der richtige Zeitpunkt das Amt des Russland-Beauftragten der Bundesregierung zu übernehmen?**

In meiner neuen Rolle bin ich zuständig für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft. Das sind insgesamt zwölf Staaten, alles ehemalige Teilrepubliken der Sowjetunion. Ohne Frage stehen wir in dieser Region gerade vor einer ganzen Reihe von Herausforderungen. Dabei wird aber auch sehr deutlich, welche Rolle lebendige Zivilgesellschaften spielen und wie wichtig der Dialog zwischen Regierungen und der Zivilgesellschaft ist.

**Frage: Gut, dann gehen wir mal ins Inhaltliche: Sollten wir das Gasleitungsprojekt Nord Stream 2 wegen des Giftanschlags auf Alexej Nawalny stoppen?**

Die Vergiftung von Alexej Nawalny war ein verabscheuungswürdiges Verbrechen. Es ist ganz klar, dass diese Straftat transparent aufgeklärt werden muss und die Verantwortlichen dafür zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Es ist auch klar, dass Russland diesen legitimen Forderungen im Moment nicht nachkommt. Gleichzeitig gibt es vieles, was uns mit Russland verbindet, gerade im Bereich der Kultur, der Zivilgesellschaft, auch der Wirtschaft. Das werden wir nicht alles infrage stellen. Gerade meine Aufgabe sehe ich darin Verbindungen aufzubauen, wir wollen Brücken bauen zwischen unseren Ländern und Gemeinsamkeiten herstellen. Unabhängig davon gibt es aus meiner Sicht gute Gründe für das Projekt Nord Stream 2. Als Energiepolitiker habe ich mich schon früh für den Bau von Nord Stream 2 ausgesprochen. Die energiepolitischen Argumente haben weiter Bestand.

**Frage: Was kann der Russlandbeauftragte Johann Saathoff tun, um auf die Situation in Belarus Einfluss zu nehmen?**

Eine meiner Hauptaufgaben besteht darin, die Kontakte zur Zivilgesellschaft in Belarus nicht abreißen zu lassen und sie weiter auszubauen. Es gibt schon sehr viele Projekte, Verbindungen und Partnerschaften. Dieser Dialog ist ungemein wichtig, um zwischengesellschaftliche Verbindungen zu schaffen und zu erhalten. Gleichzeitig müssen wir als Bundesregierung und als Europäische Union der Regierung in Belarus immer wieder klar machen, dass politische Verhaftungen und Gewalt gegen friedliche Demonstrationen vollkommen inakzeptabel sind.



Bundesaußenminister Heiko Maas und Johann Saathoff beim offiziellen Fototermin nach der Ernennung zum Russlandbeauftragten (Foto: Photothek)

**Frage: Du bist schon stellvertretender wirtschaftspolitischer Sprecher und Energie-Koordinator der SPD-Bundtagsfraktion, Berichterstatter im Landwirtschaftsausschuss, Chef der Küstengang im Bundestag, SPD-Unterbezirksvorsitzender und jetzt "Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft", wie der Russland-Beauftragte offiziell heißt - kannst Du dich dann noch ausreichend um deinen Wahlkreis kümmern?**

In allererster Linie bin ich der direkt gewählte Abgeordnete für Emden und den Landkreis Aurich. Mich für die ostfriesischen Interessen in Ostfriesland einzusetzen ist meine wichtigste Aufgabe.

Meine bisherigen Aufgaben habe ich immer auch aus dieser Perspektive heraus gewählt. Die Zuständigkeit für die maritime Wirtschaft und die Energiepolitik habe ich aus der Verbundenheit in den Wahlkreis übernommen. Für die neue Aufgabe habe ich mir vorgenommen, das Potenzial meiner bisherigen zu nutzen. Die Klima- und Energiepolitik verfolgt spätestens seit dem Pariser Klimaschutzabkommen weltweite Ziele, die nur durch stetige internationale Zusammenarbeit erreicht werden können. In meiner neuen Funktion profitiere ich schon von den Erfahrungen mit Partnerschaften, die es auch zwischen Ostfriesland und Russland gibt: zum Beispiel die Städtepartnerschaft von Emden und Archangelsk. Die Zusammenarbeit der Hochschule Emden-Leer mit der Universität in Archangelsk ist im September in Berlin als herausragende Hochschulpartnerschaft ausgezeichnet worden.

[Hier geht es zur Offizielle Webseite](#)

## Schließungsbeschluss aufgehoben – TKMS bleibt

In der vergangenen Woche hat die Geschäftsführung von thyssenkrupp Marine System dem Betriebsrat des Emdener Standorts offiziell mitgeteilt, dass der Schließungsbeschluss für den Emdener Standort offiziell zurückgenommen wurde.

Damit wurde die jahrelange Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, des Betriebsrates und der IG Metall endlich belohnt.

Ich habe die Pläne zur Schließung des Standortes immer für falsch gehalten und freue mich nun umso mehr, dass die Arbeitsplätze in der Region erhalten bleiben. Der große Zusammenhalt unter der Belegschaft und mit der Gewerkschaft hat sich ausgezahlt. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit bei der Weiterentwicklung des Standortes.



Gemeinsamer Einsatz für den Erhalt von TKMS: Thomas Preuss (IG Metall Emden) und Amke Wilts-Heuse (TKMS) zusammen mit Johann Saathoff beim Wertengespräch der SPD-Bundestagsfraktion im Juni 2020

## Marineschiffbau: Verteidigungsministerium muss Willen des Bundestags umsetzen

Schon im Februar hatte das Kabinett den Marineüberwasserschiffbau als nationale Schlüsseltechnologie eingestuft. Dabei spielten sicherheitspolitische Interessen eine Rolle, aber die Entscheidung fiel auch, um Arbeitsplätze auf den Werften zu erhalten. Das Kabinett setzte damit den politischen Willen des Bundestages um. Trotzdem hat das Bundesverteidigungsministerium nun die Instandsetzung des Bundeswehr-Tenders „Donau“ europaweit ausgeschrieben.

Das überrascht mich nicht - leider. Das Thema Schlüsseltechnologien und europaweite Ausschreibungen beglei-

tet mich nun schon seit Jahren. In der SPD-Küstengang sind wir uns lange einig, dass auch beim Überwasserschiffbau auf europaweite Ausschreibungen verzichtet werden muss.

Das Verteidigungsministerium stellt diese Vereinbarung wieder in Frage. Ich erwarte, dass das Verteidigungsministerium den politischen Willen des Parlaments endlich umsetzt und den Ausnahmetatbestand beim europäischen Vergaberecht auch bei Reparaturarbeiten geltend macht. Das ist gerade für Emden und die ganze Region Ostfriesland von großer Bedeutung.

## Sitzung der SPD-Küstengang mit dem maritimen Koordinator der Bundesregierung Norbert Brackmann

Die maritime Wirtschaft und insbesondere die Werften sind schwer betroffen von den Auswirkungen der Coronapandemie. Im Konjunkturprogramm hat der Bundestag deshalb eine Milliarde Euro für die Unterstützung der maritimen Branche zugesagt.

In einem Antrag haben die Koalitionsfraktionen im Sommer zusätzlich auf den dringenden Handlungsbedarf hingewiesen. Öffentliche Aufträge müssen jetzt als Stabilitätsanker für die Werften genutzt werden.

Über die konkreten Schritte haben wir uns in der SPD-Küstengang mit dem maritimen Koordinator der Bundesregierung ausgetauscht. Für die SPD haben wir dabei auch noch einmal klargemacht, dass die Frage der Schlüsseltechnologie nun entscheidend ist. Das Bundesverteidigungsministerium muss seine Blockadehaltung



aufgeben und weder Neubauten noch Reparaturen europaweit ausschreiben. Nicht der Preis allein, sondern sicherheits- und industriepolitische Fragen müssen entscheidend sein.

## SPD-Abgeordnete legen Zukunftsplan für Ostfriesland vor

Gemeinsam mit den ostfriesischen SPD-Bundestagsabgeordneten Markus Paschke (Unterems) und Siemtje Möller (Friesland-Wittmund-Wilhelmshaven) sowie den ostfriesischen SPD-Landtagsabgeordneten Hanne Modder (Leer/Borkum), Wiard Siebels (Aurich) und Matthias Arends (Emden-Norden) habe ich jetzt wesentliche Zukunftsthemen Ostfrieslands in einem gemeinsamen Papier vorgelegt. So beschäftigt sich dieser „Zukunftsplan Ostfriesland“ mit der Transformation der Automobilindustrie zu zukunftssicheren Antriebstechniken wie Batterie und Brennstoffzelle, mit der Windenergie, der maritimen Wirtschaft, dem Tourismus, dem Ausbau der Infrastruktur, der Energieversorgung sowie mit Bildung und Hochschule. Wichtig für uns ist die Zusammenarbeit innerhalb Ostfrieslands mit allen an den Zukunftsfragen beteiligten Institutionen, Organisationen, Kammern und Verbänden.

Ganz wichtig für uns: Wir haben für jedes Thema unter der Überschrift »Was jetzt zu tun ist« konkrete Handlungsschritte formuliert. Ostfriesland kann nicht warten und sich in strukturelle Debatten verlieren, sondern jetzt muss inhaltlich konkret gehandelt werden. Wir sind davon überzeugt, dass eine effektive Umsetzung nur unter dem Dach des Landesbeauftragten für regionale Landesentwicklung erfolgreich sein wird. Das Papier soll insbesondere die Diskussion innerhalb der SPD anregen.

Hier geht es zum  
Ostfrieslandsplan:  
[www.johann-saathoff.de](http://www.johann-saathoff.de)

### Was jetzt zu tun ist

#### Konkrete Forderungen aus dem Ostfrieslandsplan der SPD

##### ■ AUTOMOBILINDUSTRIE ■

- Batteriezellproduktion in Ostfriesland etablieren
- CO<sub>2</sub>-Fußabdruck der Autos insgesamt im Blick haben
- Gesamte Wertschöpfungskette vor Ort etablieren
- Anreize für Ladesäuleninfrastruktur schaffen
- Stromnetze fit machen für die Elektromobilität
- Wasserstoffforschung in der Mobilität anreizen
- Power-to-Gas-Projekt ELEMENTEINS in Diele realisieren
- Forschungsschwerpunkt autonomes Fahren einrichten

##### ■ WINDENERGIE ■

- Höhere jährliche Ausschreibungsmengen definieren
- Vereinfachte Regelungen zur Ermöglichung von Repowering-Projekten
- Regelungen zu Nutzungskonflikten zum Flug- und Wetterradar zügig erlassen
- De-Minimis-Regelung der EU möglich machen.
- Windenergie vorrangig in Gewerbe- und Hafengebieten zulassen
- Wasserstoff und große Energiespeicher in Ostfriesland fördern
- Möglichkeit der wirtschaftlichen Beteiligung der Standortgemeinden für Windenergie schaffen
- Schaffung einer zentralen Planungs- Dienstleistungseinrichtung für die Gemeinden.

- Klärung des Konfliktes zwischen Artenschutz und Klimaschutz

##### ■ MARITIME WIRTSCHAFT ■

- Fahrwasseranpassung der Außenems voranbringen
- Zweite Eisenbahnklappbrücke in Emden finanziell absichern
- Öffentliche Beschaffungsverfahren beschleunigen und ggf. vorziehen
- Maritimes Kompetenzzentrum in Leer stärken und ausbauen

##### ■ ENERGIEVERSORGUNG ■

- Ausbauziele der Erneuerbaren Energien, vor allem der Offshore-Windenergie, erhöhen
- Gasinfrastruktur bereitstellen
- LNG-Terminal in Wilhelmshaven verwirklichen

##### ■ BILDUNG / HOCHSCHULE ■

- Hochschule Emden/Leer auch als Zentrum der Transformation personell ausreichend ausstatten
- In die technische und digitale Ausstattung der Hochschule Emden/Leer investieren
- Anreize für Startups und Gründerkultur schaffen
- Das Regionale Pädagogische Zentrum in Aurich zum Zentrum für Homeschooling machen

Fortsetzung auf Seite 5

## Was jetzt zu tun ist - Fortsetzung von Seite 4

### ■ INFRASTRUKTUR ■

- Breitband-Ausbau vorantreiben
- Straßen- und Schienennetz ausbauen
- Zweite Eisenbahnklappbrücke in Emden finanziell absichern
- Autobahnanbindung und Eisenbahnanbindung des mittelostfriesischen Raums sichern und ausbauen
- Fahrwasseranpassung der Außenems voranbringen
- Deutsch-niederländisches Projekt Wunderlinie zur Bahnanbindung Ostfrieslands umsetzen

- Hafeninvestitionsprogramm schaffen
- Erhalt und Ansiedlung zusätzlicher Bundes- und Landesbehörden

### ■ TOURISMUS ■

- Coronahilfen passgenau weiterentwickeln
- Wasser- und Fahrradtourismus ausbauen
- Touristische Leuchttürme stärken
- Nachhaltige Tourismusinfrastruktur fördern
- Anbindung in der Region verbessern

## Bahnhof Emden bekommt neue Beleuchtung

Der Hauptbahnhof in Emden bekommt eine neue Beleuchtung. Mit dem 2. Nachtragshaushalt wurde auch ein Sofortprogramm für Bahnhöfe beschlossen. Damit will der Bund Handwerksbetriebe unterstützen und zugleich die Reisequalität verbessern. Auch der Emdener Bahnhof wird davon profitieren.

Ich hoffe, dass die Bahn das bald in Angriff nimmt und auch, wie es angedacht ist, auf ostfriesische Betriebe zurückgreift. Das wäre dann ein gutes Beispiel dafür, was „die in Berlin“ da eigentlich für Ostfriesland tun.

Es bleibt zu hoffen, dass sich diese Baumaßnahme nicht so lange verzögert wie der Austausch der Aufzüge. Meine Nachfrage bei der Deutschen Bahn hat ergeben, dass diese Baumaßnahme im Oktober endlich abgeschlossen werden soll.



## Corona: Bund hilft Heimatmuseen und Gedenkstätten

Der Bund hilft Heimat- und Privatmuseen, Ausstellungshäusern und öffentlich zugänglichen Gedenkstätten mit bis zu 100 000 Euro pro Einrichtung. Das Programm "Neustart Kultur" macht es möglich. Insgesamt stehen 25 Millionen Euro zur Verfügung, um den Betrieb unter Corona-Bedingungen wieder zu ermöglichen.

Ich bin froh, dass wir mit diesem Programm einen Beitrag zum Erhalt einiger Einrichtungen leisten und ein Weiterbetriebe auch während der Pandemie ermöglicht wird. Denn kulturelle Einrichtungen und kulturelle Teilhabe sind auch in Krisenzeiten ein enorm wichtiger Bestandteil unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Ich kann die Häuser in meinem Wahlkreis nur dazu auffordern, möglichst schnell Anträge zu stellen. Bei Nachfragen helfe ich gerne.

Gefördert werden unter anderem Umbaumaßnahmen im Kassen- und Sanitärbereich oder Investitionen in Lüftungsanlagen. Das Geld soll vor allem den Einrichtungen helfen, die nicht überwiegend von der öffentlichen Hand finanziert werden.

Das Förderprogramm wird vom Deutschen Verband für Archäologie e.V. umgesetzt. Alle Informationen zu den Fördergrundsätzen sowie das Online-Antragsformular sind auf der Website des Vereins [www.dvarch.de](http://www.dvarch.de) zu finden. Die Anträge werden entsprechend der Reihenfolge ihres Eingangs bearbeitet.

## Besuch in Berlin: Bitte bewerben!

Wer noch bis zum Ende des Jahres Berlin und den Deutschen Bundestag besuchen will, kann sich jetzt um einen Zuschuss für die Reisekosten bei mir bewerben. Es gibt einige Voraussetzungen: Die Gruppe sollte eine Plenarsitzung oder ein Vortrag über die Arbeit des Bundestages im Reichstag besuchen, hinterher mit mir oder meinem Berliner Team ein Gespräch führen - und es muss natürlich zur geplanten Reisezeit noch freie Plätze geben. Zudem darf die Gruppe aus nicht mehr als sechs Personen bestehen.

Durch die Corona-Krise mussten viele geplante Fahrten von Schulklassen oder ähnlichen Gruppen storniert werden. Daher haben wir noch ein gewisses Kontingent.

Neben dem Reichstagsbesuch gibt es entweder einen Fahrschein für die Deutsche Bahn oder aber eine finanzielle Bezuschussung durch den Besucherdienst des Deutschen Bundestages. Die Höhe des Zuschusses richtet sich grundsätzlich nach der Entfernung und der Anzahl der Reisenden.

**Noch Fragen?  
Mein Berliner Abgeordnetenbüro  
beantwortet sie  
gerne steht unter der Nummer  
030-22773155.**



Ein Besuch des Reichstags und seiner Kuppel sollte bei jedem Berlin-Besuch nicht fehlen.

### Kontakt Wahlkreisbüro:

Wahlkreisbüro Johann Saathoff, MdB  
Burggraben 46, 26506 Norden  
Tel: 04931 - 4417  
Fax: 04931- 930 16 73  
[johann.saathoff.ma03@bundestag.de](mailto:johann.saathoff.ma03@bundestag.de)

### Kontakt Büro Berlin:

Johann Saathoff, MdB  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel: 030 - 227 - 73 155  
Fax: 030 - 227 - 70 155  
[johann.saathoff@bundestag.de](mailto:johann.saathoff@bundestag.de)



### Impressum

Büro Johann Saathoff, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-73155/-70155  
[johann.saathoff@bundestag.de](mailto:johann.saathoff@bundestag.de) | [www.johann-saathoff.de](http://www.johann-saathoff.de)

### Redaktion

Wiebke Doesken, Heiner Schröder, Torsten Stein, Kornelia Urban und Sabine Zimmermann